

leiten dazu, Grenzsicherungsanlagen zu zerstören.

Dies alles geht mit wütenden Ausfällen gegen die Deutsche Demokratische Republik einher. Für jeden offenbart sich darin das Bestreben, angesichts der Erfolge des real existierenden Sozialismus unseren Staat, den Staat der Arbeiter und Bauern, und seine führende Kraft, die SED, zu diffamieren und die politische Atmosphäre anzuheizen.

„Eine solche Entwicklung liegt nur im Interesse der Scharfmacher, die die Welt in die Zeit des kalten Krieges zurückzerren wollen. Wer das in der Bundesrepublik Deutschland nicht will, der muß begreifen, daß die Haltung zur Sicherheit der Grenzen die Nagelprobe ist für die Haltung zur Entspannung. Und mehr noch: Hier geht es nicht allein um die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger. Es geht um den Frieden in Europa, der vor allem von der Sicherheit der Grenzen abhängt. Politiker in der Bundesrepublik Deutschland, die das außer acht lassen, gefährden Leben und Gut des eigenen Landes und Volkes. Mit einem Wort, die Zeit ist überreif, daß alle

begreifen: Entspannung ist nicht nur von Nutzen für die Deutsche Demokratische Republik, sondern genauso für die Bundesrepublik Deutschland, für alle Bundesdeutschen, die den Frieden wollen.“⁴⁾

Da die reaktionären Kräfte in den imperialistischen Staaten ihre Existenz mit einer aggressiven Politik verbunden haben, sind sie an einer Wiederbelebung des kalten Krieges interessiert und erbittert* Feinde der friedlichen Koexistenz. Sie erzeugen eine anti-kommunistische Hysterie, die in den USA, der BRD und anderen imperialistischen Ländern auch zur Forcierung des Wettrüstens ausgenutzt wird.

Ein fortgesetztes forciertes Wettrüsten und die Entspannung sind zwei auf die Dauer sich ausschließende Prozesse.

Das Ringen um Fortschritte auf dem Gebiet der militärischen Entspannung, deren dringendste Aufgabe im Friedensprogramm des XXV. Parteitagess wurden, wird gegenwärtig immer stärker zu einer Kernfrage der Fortführung des Entspannungsprozesses insgesamt.

auf dem XXV. Parteitag der KPdSU Stellung und sagte, „daß Entspannung und friedliche Koexistenz in den Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen gehören. Das bedeutet vor allem, daß Streitigkeiten und Konflikte zwischen den Ländern nicht durch Krieg, nicht durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung beigelegt werden dürfen. Die Entspannung hebt die Gesetze des Klassenkampfes keineswegs auf, und sie kann diese Gesetze weder aufheben

noch abändern. Niemand sollte darauf spekulieren, daß die Kommunisten sich im Zeichen der Entspannung mit kapitalistischer Ausbeutung abfinden oder die Monopolherren zu Anhängern der Revolution werden. Hingegen ist striktes Festhalten am Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität eine unerläßliche Bedingung der Entspannung.“⁶⁾

Entgegen aller Versuche westlicher Kreise, Entspannung und friedliche Koexistenz zur Konservierung fortschrittsfeindlicher Institutionen und Praktiken zu mißbrauchen, befrachten die sozialistischen Staaten den Kampf um Frieden und Fortschritt als eine untrennbare Einheit. Sie gehen davon aus, daß Kolonialismus, Rassismus, Faschismus, Revisionismus, Mißachtung der Gleichberechtigung der Völker mit dem Frieden und den Prinzipien der friedlichen Koexistenz unvereinbar sind.

Entspannung und friedliche Koexistenz, Maßnahmen der Sicherung des Weltfriedens, die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind kein „Handelsobjekt“. Sie dienen den Lebensinteressen der Menschheit und schaffen, wie die Entwicklung der letzten Jahre bestätigt, günstige Bedingungen für den politischen und sozialen Fortschritt aller Völker.

Dr. Klaus Lingner

¹⁾ Erich Honecker, Schlußwort auf der 2. Tagung des ZK, Berlin 1976, S. 9/10

²⁾ Bericht des ZK an den IX. Parteitag der SED, Berichterstatter Genosse Erich Honecker, Berlin 1976, S. 16

³⁾ Erich Honecker, Schlußwort auf der 2. Tagung des ZK, Berlin 1976, S. 8

⁴⁾ Ebenda, S. 10

⁵⁾ Ebenda, S. 10

⁶⁾ Bericht des ZK an den XXV. Parteitag der KPdSU, Berichterstatter Genosse L. I. Breshnew, Berlin 1976, S. 41.

Friedliche Koexistenz — kein Verzicht auf Klassenkampf

Gerade angesichts der Erfolge wird vielfach von den Gegnern der Entspannung der Versuch unternommen, die Politik der friedlichen Koexistenz zu verfälschen. Es wird so getan, als müsse die Politik der friedlichen Koexistenz auch den Verzicht auf den Klassenkampf einschließen, als bedeute sie die Aufrechterhaltung des politischen und sozialen Status quo und die ideologische Koexistenz.

Genosse Breshnew nahm dazu